

Lübeck, 13.02.2013

Antrag

Bearbeitung: Sina Madeja (E-Mail: Telefon: 122-2372)

Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.02.2013	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Lübecker Bürgerschaft fordert die LHG und alle weiteren städtischen Betriebe auf, ihre Vergangenheit im Bezug auf den Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in der Zeit der Nationalsozialismus 1933 - 1945 aufzuarbeiten und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Außerdem bittet die Bürgerschaft auch alle Privatunternehmen Lübecks sich der Aufarbeitung anzuschließen.

Nach der Aufarbeitung und bekannt werden aller Fakten und Daten ist von der Hansestadt Lübeck ein Ehrenmal für alle in Lübeck eingesetzten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aufzustellen.

Der Bürgerschaft ist bis zur Septembersitzung 2013 zu berichten.

Begründung:

Bis 1945 wurden 18.000 Fremd- und Zwangsarbeiter und 4.700 Kriegsgefangene in Lübeck zur Arbeit herangezogen. Die meisten davon haben in den Munitionsfabriken in Schlutup arbeiten müssen. Es gab 115 Lager für Arbeiter und Kriegsgefangene, 6 Lager waren im Hafengebiet. Dort haben 1.200 Insassen für LHG und GHB arbeiten müssen, auch am Schuppen F.

(Quelle: mündlicher Bericht im Kulturausschuss am 11.02.2013)

Anlagen :

Vorsitzende/r
der Fraktion Die Linke